

LANDTAGS KURIER



Seite 4:
Nahverkehr
in Sachsen
modernisieren



Seite 12:
Georgiens Premierminister
besucht Sachsen
und übergibt Gemälde



Seite 15:
Sonderthema
Landtagswahl in
Sachsen

Ausgabe
2.19



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Arbeit der Abgeordneten des Sächsischen Landtags ist ebenso vielfältig wie abwechslungsreich, ob im Plenum, in den parlamentarischen Ausschüssen oder den Fraktionen und deren Arbeitskreisen. Hinzu kommen Verpflichtungen im öffentlichen Leben, in der eigenen Partei sowie im Wahlkreis, wo die Abgeordneten für die Bevölkerung wichtige Ansprechpartner sind – als Bindeglieder zwischen Bürgerschaft und Landesparlament. Zu diesem Zweck unterhalten sie vor Ort Büros, sogenannte Wahlkreisbüros, in denen sie Sprechstunden durchführen und die als Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger dienen, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Einen guten Eindruck von der Arbeit der Abgeordneten gibt Ihnen regelmäßig unser Reportageformat »Ein Tag mit ...«, diesmal mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien.

Neben der konkreten politischen Arbeit im Parlament und im Wahlkreis ist die Kontaktpflege zu anderen Parlamenten in Deutschland und darüber hinaus eine wichtige Aufgabe aller Abgeordneten des Sächsischen Landtags. Vor allem aber ist es die vornehme Pflicht des Landtagspräsidenten. So empfing ich im Februar 2019 zusammen mit weiteren Landtagsmitgliedern das Präsidium der Hamburgischen Bürgerschaft zu Informationsgesprächen. Solche Zusammenkünfte – seit jeher guter Brauch – nützen dem gegenseitigen Verstehen sehr. Die eine oder andere Idee, wie parlamentarische Arbeit anders oder besser gemacht werden kann, lässt sich so gewinnen. Sehr interessiert waren die Hamburger Abgeordneten auch an Land und Leuten, fragten nach wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und nach den Vorzeichen für die sächsische Landtagswahl am 1. September.

Um Landtagswahlen einst und jetzt geht es auch in diesem Heft des Landtagskuriers. Denn Landtagswahlen waren und sind keine »Nebenwahlen«, sondern wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Politik in einem Bundesland, vorgenommen von den Bürgerinnen und Bürgern. Die aktuelle Ausgabe des Landtagskuriers informiert Sie über all das und bietet wieder einen interessanten Einblick in das parlamentarische Geschehen in unserem Freistaat Sachsen. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Matthias Rößler

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

88. Sitzung des Sächsischen Landtags Moderner Nahverkehr für Sachsen CDU und SPD: Bus- und Bahnverkehr voranbringen.....	4
88. Sitzung des Sächsischen Landtags Hintergrundinformationen zum öffentlichen Nahverkehr in Sachsen	6
88. Sitzung des Sächsischen Landtags Härtere Strafverfolgung DIE LINKE sieht Grundfesten des Rechtsstaats bedroht.....	7
89. Sitzung des Sächsischen Landtags Gleichwertige Lebensbedingungen für Stadt und Land CDU und SPD: Ländlichen Raum nicht aufgeben.....	8
89. Sitzung des Sächsischen Landtags Künftige Energieversorgung in Sachsen GRÜNE: Langfristige Strategie notwendig.....	10

AKTUELLES

Kunst und Politik Besuch des georgischen Premierministers und offizielle Übergabe eines Gemäldes.....	12
Präsidium der Hamburgischen Bürgerschaft zu Gast in Sachsen	13
Innovationen – Made by WOMEN Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag 2019.....	14

SONDERTHEMA

Landtagswahlen in Deutschland	16
Wahl-Motivation gesucht!	19

EIN TAG MIT ...

»Dinge erst durchdenken, dann reagieren« Ein Tag mit Oliver Fritzsche, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien.....	20
--	----

GESCHICHTE

»Wozu haben wir eigentlich gewählt?« Sächsische Landtagswahlen in der Weimarer Republik 1920, 1922 und 1926.....	22
---	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
------------------------------------	----

// Titel: Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler bei der Gemäldeübergabe in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Gemäldegalerie Alte Meister // Foto: O. Killig

ÖPNV modernisieren, Strafverfolgung verbessern, ländlichen Raum stärken



Foto: S. Giersch

// Die 88. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. März 2019 begann mit einer Aktuellen Debatte zur Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen. Weiterhin wurden in gleicher Sitzung eine Verschärfung der Strafverfolgung im Freistaat und die möglichen Auswirkungen diskutiert. In der 89. Sitzung des Sächsischen Landtags am 14. März 2019 stand zunächst eine Aktuelle Debatte zur besseren Förderung des ländlichen Raumes in Sachsen auf der Tagesordnung. Anschließend debattierten die Abgeordneten über die künftige Energieversorgung im Freistaat. //

Moderner Nahverkehr für Sachsen

Fotos: S. Giersch

CDU und SPD: Bus- und Bahnverkehr voranbringen

// Zum Auftakt der 88. Plenarsitzung am 13. März 2019 diskutierten die Abgeordneten im Sächsischen Landtag intensiv über die Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Freistaat. Dieser müsse dringend weiter modernisiert werden, waren sich die Parlamentarier in der Aktuellen Debatte, angemeldet von den Fraktionen CDU und SPD, einig. Bei der Frage, wie und in welchem Zeitkorridor dies im Detail umgesetzt werden soll, gibt es unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen. //

CDU: Mehr ÖPNV für Sachsen

Um das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel zu erreichen, den öffentlichen Verkehr in Sachsen zu verbessern, habe die Staatsregierung eine ÖPNV-Strategiekommission einberufen, die ihre Ergebnisse Ende 2017 vorgelegt habe, erinnerte Andreas Nowak, CDU, an die lange Genese der Diskussion. Jetzt komme es auf die Umsetzung an. Nicht alle

Maßnahmen seien sofort finanzierbar, räumte Nowak ein. Für die Mehrheit der Sachsen werde es aber in Kürze Verbesserungen geben, indem man das vertaktete Busnetz im ländlichen Raum massiv ausweitere, 12,34 Millionen Fahrplankilometer hinzukämen und das Angebot vor allem in den Schulferien verstärkt werde. Dies sei ein bedeutender Einstieg, mit dem künftig 80 Prozent aller Sachsen an den vertakteten öffentlichen

Nahverkehr im Grundnetz angeschlossen würden. Zum neuen Schuljahr gebe es zudem attraktive Ticketangebote für Auszubildende und Schüler, betonte Nowak bereits Erreichtes.

SPD: Gesamtes System verbessern

Seine Fraktion stelle sich den Nahverkehr der Zukunft umweltfreundlich, effizient, komfortabel und bezahlbar vor, betonte Thomas Baum, SPD. Dafür sei mit dem Koalitionspartner 2014 ein massives Umsteuern vereinbart und auf Initiative der SPD die ÖPNV-Strategiekommission ins Leben gerufen worden. Unterdessen habe man dafür gesorgt, dass die finanziellen Mittel bereitstünden, um wirklich wieder von einem leistungsfähigen ÖPNV sprechen zu können.

Katja Ciesluk

Ohne diese Absicherung wäre die Arbeit der Kommission von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, zeigte sich Baum überzeugt. Man wolle das gesamte System verbessern und vielen Menschen ein sehr gutes Angebot im Nahverkehr zur Verfügung stellen, d. h. konkret: mehr Bahn- und Busverkehr im festen Takt, einfache und leicht verständliche Tarife, bezahlbare Fahrpreise und ein attraktives Bildungs- und Azubi-Ticket. Man sei auf einem guten Weg, die Reise jedoch noch nicht zu Ende.

DIE LINKE: Ankündigungen endlich umsetzen

Marco Böhme, DIE LINKE, kritisierte die Koalitionsfraktionen: Man höre immer nur viele Ankündigungen, was sich ändern

werde. Konkret umgesetzt oder passiert sei noch nichts – weder Vorschläge der ÖPNV-Strategiekommission noch vom Landtag beschlossene Anträge, z. B. zur Einführung eines Sachsentarifs. Die Staatsregierung verweise zudem in fast allen Anfragen zum ÖPNV auf die Zuständigkeit der kommunalen Aufgabenträger. Damit habe sie formal auch recht. Er frage sich jedoch, warum man in dem Hohen Hause überhaupt über den ÖPNV rede, wenn dessen Planung scheinbar nicht auf Landesebene stattfinde. Das Parlament habe anscheinend nicht begriffen, dass es der Gesetzgeber sei, vermutete Böhme und forderte eine entsprechende Änderung des ÖPNV-Gesetzes durch den Landtag. Auch die Tarifharmonisierung müsse endlich kommen, angekündigt habe diese die Staatsregierung bereits für 2017, passiert sei immer noch nichts.

AfD: Fünf kommunale Zweckverbände nötig?

Die AfD bezweifle, dass es weiterhin fünf kommunale Zweckverbände brauche, um einen modernen Nahverkehr in Sachsen zu gestalten, führte Silke Grimm, AfD, in ihrer Rede aus. Es sei natürlich schwer, in den seit über 27 Jahren gewachsenen Strukturen etwas zu ändern, zumal fast alle Zweckverbände von CDU-Landräten geführt würden. Mit Blick auf die Ankündigung, eine Landesverkehrsgesellschaft zu gründen, betonte Grimm, dass diese Variante in der ÖPNV-Strategiekommission

von Anfang an vom Tisch gewesen sei. Damals hätte es die Möglichkeit gegeben, die Umstrukturierung mit allen Fachexperten in der Kommission zu besprechen. Diese Idee jetzt, vier Jahre später, wieder aufzugreifen, halte sie lediglich für Wahlgetöse. Spürbare Veränderungen wären erst in ferner Zukunft erkennbar, da Ausschreibungen von Nahverkehrskonzeptionen immer acht bis zwölf Jahre gültig seien.

GRÜNE: Geld ersetzt keine Strategie

Noch nie habe Sachsen so viel Geld in den Busverkehr investiert wie aktuell, anerkannte Katja Meier, GRÜNE, schränkte jedoch im gleichen Atemzug ein, dass es damit allein nicht getan sei. Geld ersetze keine ÖPNV-Strategie. Nachdem alle seit Ende 2017 der Umsetzung der Ergebnisse der ÖPNV-Strategiekommission harrten, picke sich die Koalition nun einige Rosinen heraus. Das funktioniere nicht, so Meier. Sachsen brauche eine integrierte Planung, die Bus und Bahn in den Blick nehme und nicht einseitig den Fokus auf den Busverkehr lege. Für einen modernen ÖPNV gebe es mehr zu tun, als mit einem Feuerwerk von Pressemitteilungen zu Fördermittelanträgen im Busbereich den sächsischen Himmel zu illuminieren. Der Freistaat müsse endlich auch eigenes Geld für Investitionen in die Schiene in die Hand nehmen und nicht nur hilflos auf den Bund schauen. Und wenn man wirklich einen Sachsen-Takt

Man muss die Aufgabe annehmen, statt ständig alles gut oder alles schlecht zu finden.

// Martin Dulig



88. Sitzung des Sächsischen Landtags

wolle, müsse das Thema endlich zur Chefsache werden.

Staatsregierung: Landesgesellschaft kommt

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, fasste zusammen, dass Sachsen zwei große Aufgaben zu lösen habe: dem wachsenden Bedarf an öffentlichem Verkehr in den Ballungszentren nachzukommen und innovative Lösungen für den ländlichen Raum zu finden. Man müsse die Aufgabe annehmen, statt ständig alles gut oder alles schlecht zu finden. Er teile die von den Abgeordneten beschriebene Ungeduld bei der Modernisierung des Nahverkehrs und räume ein, zu lange auf eine Einigung mit der

kommunalen Ebene gesetzt zu haben. Um künftig den Gestaltungsanspruch durchzusetzen, bedürfe es einer Mitsprache des Landes in strukturellen Fragen. Deshalb werde die Landesverkehrsgesellschaft kommen. Die Einführung des Azubi-Tickets sowie des Schülerfreizeitickets zum 1. August 2019 bezeichnete der Staatsminister als ersten Schritt. Er wünsche sich, dass es in absehbarer Zeit ein sachsenweit gültiges, preiswertes Bildungsticket gebe.



www.landtag.sachsen.de



// Andreas Nowak

// Thomas Baum

// Marco Böhme

// Silke Grimm

// Katja Meier



Hintergrundinformationen zum öffentlichen Nahverkehr in Sachsen

88. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: ©tupungato / 123RF

Was ist ÖPNV?

Zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gehören der Schienenpersonennahverkehr sowie der straßengebundene ÖPNV mit Straßenbahnen und Bussen. Auch Fähren und Bergbahnen, sofern sie nicht überwiegend touristischen Zwecken dienen, werden dem ÖPNV zugerechnet. Mit dem Ausbau des Strecken- und Liniennetzes sowie dem Einsatz innovativer und umweltfreundlicher Technik wird der ÖPNV vom Freistaat Sachsen gefördert. Alles in allem lässt sich der Freistaat den öffentlichen Personennahverkehr in den Jahren 2019 und 2020 über 1,4 Milliarden Euro kosten. So ist es im neuen Doppelhaushalt verankert.

Zuständigkeiten

Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV sind Aufgaben der Landkreise und Kreisfreien Städte. Sie arbeiten dazu in Nahverkehrs-Zweckverbänden

// In der 88. Sitzung am 13. März 2019 diskutierten die Abgeordneten des Sächsischen Landtags über die Zukunft des Nahverkehrs in Sachsen. Hier finden Sie einige Zahlen und Fakten zum Thema. //

zusammen. Etwa 90 Prozent der Gesamtleistung des ÖPNV in Sachsen werden von Stadt- und Regionalverkehrsunternehmen auf der Straße erbracht. Es gibt rund 1100 Buslinien und über 40 Straßenbahnlinien. Der ÖPNV bietet so eine wichtige Alternative zum motorisierten Individualverkehr und verbessert die regionalen Umwelt- und Lebensbedingungen. Im Alltag sind schließlich mehr als ein Drittel der Menschen in Sachsen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

Neuerungen

Im Februar 2019 verständigte sich der Sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gemeinsam mit den Vorsitzenden der ÖPNV-Zweckverbände, dem Präsidenten und Geschäftsführer des Sächsischen

Landkreistages sowie dem Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages auf zentrale Vereinbarungen zur Weiterentwicklung des sächsischen ÖPNV, darunter auf neue Tickets für Auszubildende und Schüler.

Ticket für Auszubildende

Ab 1. August 2019 soll es für alle Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen das sogenannte Azubi-Ticket geben. Das ganztägig und ganzjährig verbundweit gültige Ticket soll monatlich 48 Euro (im Abonnement) mit Zukaufoption weiterer Verbände zu je 5 Euro kosten.

Ticket für Schüler

Zum Schuljahresbeginn 2019/2020 soll zum Abgabepreis von 10 Euro im Monat (im Abonnement) zunächst ein verbundweit gültiges Schülerfrei-

zeitticket eingeführt werden. Das Ticket gilt von Montag bis Freitag ab 14 Uhr, am Wochenende und in den sächsischen Schulferien ganztags. Darüber hinaus streben der Freistaat und die ÖPNV-Zweckverbände an, bis zum Schuljahresbeginn 2020/2021 ein ganztägig und ganzjährig verbundweit gültiges Bildungsticket für alle Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einzuführen.

Strategiekommission

Im März 2015 wurde die Staatsregierung durch den Sächsischen Landtag mit der Einsetzung einer ÖPNV-Strategiekommission beauftragt. Den Abschlussbericht der Kommission vom 15. Dezember 2017, der Handlungsempfehlungen für den sächsischen ÖPNV enthält, finden Sie hier:



www.verkehr.sachsen.de/11537.html



// Klaus Bartl // Foto: S. Giersch

Umstrittene Neuregelung

Der neue Strafverfolgungskurs rüttelte an den maßgeblichen Grundfesten des Rechtsstaats, sagte Klaus Bartl, DIE LINKE. Es könne nicht sein, dass der sächsische Generalstaatsanwalt die Staatsanwaltschaften anweise, bei der Einstellung von Verfahren von bundesweit geltenden Richtlinien abzuweichen. Zudem wisse man bis heute nicht, was genau in der Rundverfügung stehe, da sie die Staatsregierung wie ein Geheimpapier behandle.

Man verschärfe mit der Rundverfügung die sächsische Strafverfolgungspraxis und Sorge dafür, dass Bagatelldelikte wie alle anderen Straftaten konsequent verfolgt würden, entgegnete Martin Modschilder, CDU. Damit werde jetzt auch Kleinkriminalität vor Gericht verhandelt, anstatt diese Verfahren einzustellen. Schnelles und konsequentes Handeln stoppe die kriminelle Karriere von Kleinkriminellen. Die sächsische Justiz lasse sich nicht auf der Nase herumtanzen.

Konsequenz statt Verschärfung

Harald Baumann-Hasske, SPD, machte deutlich, dass seine Fraktion für Recht und Ordnung stehe. Dabei setze man jedoch auf die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze statt auf Härte und Verschärfungen.

Solange Tatbestände unter Strafe stünden, sollten diese konsequent als Straftaten verfolgt werden. Überlegen könne man aber, bestimmte Bereiche, z. B. Schwarzfahren, zu entkriminalisieren und künftig als Ordnungswidrigkeit zu ahnden.

Dass rechtzeitig im Wahljahr harte Kante gegen Kriminelle gezeigt werde, begrüßte André Wendt, AfD. Die Justiz habe einen immensen Vertrauensverlust erlitten, indem Strafverfahren aus dem Bereich der Kleinkriminalität massenweise eingestellt und Täter trotz erheblicher Vorstrafen auf freien Fuß gesetzt oder zu lächerlichen Strafen verdonnert worden seien. Hingegen hätten Bürger bei Geschwindigkeits- und Rotlichtverstößen die ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen.

Sinkende Kriminalitätszahlen

Als Wahlkampf auf Kosten des Rechtsstaats bezeichnete Katja Meier, GRÜNE, den Anlass der Debatte. Man schüre leichtfertig Ängste, um medial angebliche Lösungen zu präsentieren. Damit stärke man nicht den Rechtsstaat, sondern die Leute, die den Rechtsstaat schwächen wollten. Ein Blick in die Statistiken zeige zudem, dass die Kriminalitätszahlen seit Jahren sanken. Sachsen sei noch nie so sicher gewesen wie heute, so die Abgeordnete.

// Das Thema der zweiten Aktuellen Debatte in der 88. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. März 2019, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE, lautete »Law and Order«-Gehabe des Generalstaatsanwaltes ist Gift für den Rechtsstaat – Unabhängigkeit der Rechtsprechung vor exekutiver Einflussnahme schützen!«.

Anlass der Debatte war eine seit 1. März 2019 geltende Rundverfügung des sächsischen Generalstaatsanwaltes, mit der die Strafverfolgungspraxis im Freistaat verschärft wird. //

Erste Aufgabe des Staates sei es, Recht durchzusetzen, legte Ministerpräsident Michael Kretschmer zum Abschluss der Diskussion dar. In Gesetzen sei in Paragraphen gegossen, was die Mehrheit in diesem Land für richtig und anständig halte. Und um diese Menschen kümmere man sich. Die Staatsregierung schaue nicht weg, sondern wolle gemeinsam mit Polizei, Justiz, Bürgermeistern, Vereinen und Gewerkschaften an der Wurzel ansetzen. Dazu diene auch diese Rundverfügung.

88. Sitzung des Sächsischen Landtags



Gleichwertige Lebensbedingungen für Stadt und Land

Fotos: S. Floss

CDU und SPD: Ländlichen Raum nicht aufgeben

Katja Ciesluk

// Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat eine Studie veröffentlicht, die zeigt, wie sich Deutschland im internationalen Vergleich entwickelt hat und wie es um die Produktivität in Ost und West, die Entwicklung von Stadt und Land bestellt ist. Diese Analyse gab CDU und SPD den Anlass, die Aktuelle Debatte »Versöhnen statt spalten – gleiche Entwicklungschancen für Stadt und Land« am 14. März 2019 auf die Tagesordnung der 89. Sitzung des Sächsischen Landtags zu setzen. //

CDU: Politik muss Unterschiede abbauen

Gleichwertige Lebensverhältnisse gehörten zur zentralen Leitvorstellung von Bund und Ländern, unterstrich Frank Heidan, CDU, zu Beginn der Debatte. In Deutschland habe sich in den vergangenen 30 Jahren einiges gut entwickelt, wie auch der Bericht des IWH erfreulicherweise feststelle. Trotzdem seien die Unterschiede in den Landesteilen noch erheblich und die daran geübte Kritik deshalb berechtigt. Dies zu verändern sei Aufgabe der Politik. Dass 464 von 500 der größten deutschen Unternehmen ihre Konzernzentralen nicht in Ostdeutschland haben, sieht Heidan nicht als Versagen von Förderpolitik, sondern als einzelunternehmerische Standort- und Absatzmarktentscheidungen.

Man müsse bei Ansiedlungen Geduld beweisen. Auch beim Thema Fachkräfte könne das Hohe Haus viel Einfluss nehmen, z. B. mit dem neuen Azubi-Ticket, das es jungen Leuten erleichtere, zur Ausbildungsstätte zu kommen und trotzdem im ländlichen Raum wohnen zu bleiben.

SPD: Kompletter falscher Ansatz

Wenn die Abgeordneten dem Vorschlag des steuerfinanzierten Wirtschaftsforschungsinstitutes, den ländlichen Raum quasi aufzugeben, folgen würden, könnten sie aufhören, Politik zu machen, verdeutlichte

Thomas Baum, SPD, seine Position. Das habe dann nichts mehr mit Gemeinwohl, Daseinsvorsorge und gleichwertigen Lebensverhältnissen zu tun. Dafür sei er nicht in die Politik gegangen. Der Sturm der Entrüstung, den sich das IWH mit dem Ratschlag, sich nur noch um die Leuchttürme zu kümmern, eingehandelt habe, zeige deutlich, dass das Institut über das Ziel hinausgeschossen sei. Eine falsche Leuchtturmpolitik habe ja erst zur Entvölkerung der ländlichen Räume und einer Überlastung der Metropolregionen geführt, so Baum. Diese Politik jetzt noch zu verstärken, sei der komplett falsche Ansatz. Die SPD werde den ländlichen Raum nicht aufgeben.

DIE LINKE: Leuchtturmpolitik war falsch

Die CDU habe mit ihrer jahrelangen Leuchtturmpolitik genau jene Spaltung hervorgerufen, über die sie nun jammere, schaltete sich Rico Gebhardt, DIE LINKE, in die Diskussion ein. Die Folge seien Wegzüge aus dem ländlichen Raum gewesen, gefolgt von Schulschließungen, Abbestellungen im Nahverkehr, dem Auszug der Polizei und schließlich der Bildung großer Landkreise und der Konzentration von Verwaltungen. Über die Ansiedlungs- und Leuchtturmpolitik der CDU habe man bereits in den 1990er-Jahren heftige



// Frank Heidan // Thomas Baum // Rico Gebhardt // André Barth // Wolfram Günther // Uwe Wurlitzer

Auseinandersetzungen geführt. Da die CDU ihre Fehler nicht einsehe, sei die Debatte nur Wahlkampfgetöse. Mit Blick auf die Gegenwart forderte Gebhardt, dass sächsische Fördermittel konsequent an die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen gebunden sowie wohnortnahe Kindergärten und Schulen im ländlichen Raum gesichert werden sollten.

AfD: Hunderte Fördermillionen ausgegeben

Er frage sich, was die Staatsregierung in den vergangenen 20 Jahren gegen die Spaltung von Stadt und Land getan habe, eröffnete André Barth, AfD, seine Rede. Mit Hunderten Fördermillionen seien Infineon, VW, BMW und Linde in die Städte, mit noch mehr Fördermillionen Müllermilch und Wacker Chemie in den ländlichen Raum gelockt worden. Gut bezahlte Arbeitsplätze seien entstanden, aber zwei Schwalben machten noch keinen Sommer. Heute schrumpfe und überaltere die Bevölkerung im ländlichen Raum. Die Luft sei dort zwar besser, dafür werde die zwölfminütige Rettungsfrist nach einem Notruf in jedem vierten Fall nicht eingehalten, Lehrer mieden das unattraktive Land wie die Pest und in den Sommerferien käme meist kein Bus mehr. Die einheimische Bevölkerung werde immer erst zuletzt, d. h. nach Asylbewerbern, versorgt, wie z. B. der Umgang mit der Busverbindung von Altenberg nach Neuhemsdorf gezeigt habe.

GRÜNE: Ballungsräume und ländlichen Raum fördern

Wolfram Günther, GRÜNE, stellte positiv fest, dass Vertreter aller Fraktionen der Äußerung des IWH wie des Dresdner ifo-Institutes vom Vorjahr widersprächen, die Investitionen in den ländlichen Raum sollten beendet werden. Diese Einigkeit mache ihn zufrieden, auch wenn man in der Bewertung der Gründe uneinig sei. Die Ursachen dafür, dass man in den 1990er-Jahren keine leistungsfähige Wirtschaft als Grundlage für eine Landesentwicklung hatte, lägen in den Jahrzehnten davor. Er glaube, dass das Setzen bestimmter Leuchttürme nicht grundsätzlich falsch gewesen sei. Man müsse sich nur fragen, ob man das eine tue und das andere deswegen lasse. Der Ansatz heute sollte sein, nachhaltig aus dem zu entwickeln, was da sei – in Ballungsräumen wie im ländlichen Raum. Es sei viel klüger zu schauen, was vor Ort entstehe, dafür die Grundlagen z. B. im Nahverkehr oder beim Breitbandausbau zu schaffen und dann diese von selbst wachsenden Pflanzen zu gießen.

Fraktionslos: Inszenierte Debatte

Uwe Wurlitzer, fraktionslos, nannte die Diskussion eine Inszenierung, bei der er sich frage, wer die Bevölkerung zwischen Stadt und Land so gespalten habe, dass sie jetzt dringend versöhnt werden müsse. Die Regierungskoalition solle sich solche sinnlosen

Debatten sparen, aus ihren Fehlern lernen und endlich anfangen zu handeln.

Staatsregierung: Gemeinsame Verantwortung

In Zeiten, in denen das Trennende stärker zu werden scheine als das Verbindende, müsse der Debattentitel »Versöhnen statt spalten« – zugleich Leitbild des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau – dringender denn je als Aufgabe für uns alle gelten, so Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Man brauche ein neues Wir-Gefühl, bei dem es um die gemeinsame Verantwortung gehe, füreinander da zu sein. Deshalb habe ihn der Marketingauftritt des IWH erbost, das seine provokanten Aussagen genutzt habe, um Aufmerksamkeit zu generieren.

Man könne den Menschen nicht immer wieder sagen, »Ihr lebt am falschen Ort«. Lebensqualität umfasse nicht nur ökonomische Gesichtspunkte, sondern auch eine soziale Dimension. Frühere Fehler seien von dieser Regierung repariert worden, betonte Dulig u. a. mit Verweis auf das Bildungspaket.

Die Studie »Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall« des IWH finden Sie hier:



www.iwh-halle.de/publikationen/detail/vereintes-land-drei-jahrzehnte-nach-dem-mauerfall



Ein neues Wir-Gefühl wird gebraucht, bei dem es um Verantwortung geht.

// Martin Dulig



PLENUM

Katja Ciesluk

// Dr. Gerd Lippold // Foto: S. Floss

89. Sitzung des Sächsischen Landtags

GRÜNE: Langfristige Strategie notwendig

Künftige Energieversorgung in Sachsen

// Die zweite Aktuelle Debatte für die 89. Plenarsitzung am 14. März 2019 hatte die Fraktion GRÜNE zum Thema »DIE CDU/SPD-Koalition ohne eigenes Energieprogramm – wie sichert Sachsen künftig seine Energieversorgung?« angemeldet. Zuvor war bekannt geworden, dass das Energie- und Klimaprogramm des Freistaates (EKP) in dieser Wahlperiode nicht mehr fortgeschrieben wird. //

Versorgungssicherheit gewährleisten

Ohne Energie gehe in unserer Gesellschaft nichts, führte Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, in die Debatte ein. Eine zukunftsfähige, günstige Energieversorgung sei die Basis für Sachsens weitere Entwicklung. Und dafür brauche man eine langfristige Strategie, insbesondere mit Blick auf das Auslaufen der Stromerzeugung aus Braunkohle im Kohleland Sachsen. Es sei eine Manifestation politischer Unzurechnungsfähigkeit, dass die CDU den Novellierungsprozess für das EKP in dieser Situation blockiere.

Nicht beantwortet habe sein Vorredner die Frage nach der Versorgungssicherheit, entgegnete Frank Heidan, CDU. Wo bliebe diese, wenn es abends finster sei und kein Wind wehe. Die meiste Grundlast liege nach wie vor in der Sicherheit der Braunkohle. Wie diese nach dem mittlerweile beschlossenen Kohleausstieg künftig gewährleistet werden solle, könne man nicht beantworten, solange man Strom nicht ausreichend speichern könne. Die CDU stehe für Versorgungssicherheit und bezahlbare Energie.

Energie zentrales Thema

In der 6. Legislaturperiode habe sich der Landtag so oft wie nie zuvor mit dem Thema Energie beschäftigt und darüber gestritten, konstatierte Dr. Jana Pinka, DIE LINKE. 2038 ende das Kohlezeitalter in Deutschland, Sachsen werde in diesem Transformationsprozess eine große Rolle spielen. Deshalb sei nicht nachvollziehbar, dass man die Fortschreibung des EKP im Januar 2019 abrupt beendet habe. Und das, obwohl schon ein öffentliches Beteiligungsverfahren im Gange gewesen sei.

Es sei ehrlicher, erst einmal auseinanderzugehen, statt einen faulen Kompromiss zu schließen, begründete Jörg Vieweg, SPD, die Unterbrechung der Arbeiten am EKP. Die Energiewende im Freistaat stünde dennoch nicht still. Eine Aufweichung des Kohle-Kompromisses (Ausstieg bis 2038) werde es mit der SPD nicht geben. Man stehe an der Seite der Menschen in den Revieren als auch für erneuerbare Energien. Das sei für seine Fraktion verantwortungsvolle Klima- und Energiepolitik.

Keine nationalen Alleingänge

Jörg Urban, AfD, argumentierte, die Positionen der CDU drehten sich schneller als der Wind. Die inzwischen grün gefärbte CDU wolle eine Dekarbonisierung Deutschlands. Bis 2038 sollten alle Kohlekraftwerke abgeschaltet sein, die Kernkraftwerke seien da schon vom Netz. Er frage sich, wie dann die Energieversorgung sichergestellt werde. In einer globalisierten Welt brächten nationale, deutsche Alleingänge nichts. Dies vertreibe Unternehmen und mache die Verbraucher arm.

Klarheit in unterschiedlichen Positionen sei besser als ein dünner Kompromiss, begründete Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, die ausbleibende Fortschreibung des EKP. Bei den erneuerbaren Energien seien in den vergangenen Jahren trotzdem spürbare Fortschritte erreicht worden. Die Energieversorgung in Sachsen sei nicht gefährdet. Klar sei, dass Deutschland derzeit eine energiepolitische Zeitenwende erlebe und vor einem umfassenden Umbruch stehe.



AKTUELLES

Gäste aus Hamburg und Georgien

Foto: S. Dittrich

// Georgiens Premierminister Mamuka Bakhtadze stattete dem Freistaat Sachsen einen Besuch ab und übergab im Beisein von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein Gemälde, das nach dem Zweiten Weltkrieg entwendet worden war. Am 9. März 2019 fand im Plenarsaal des Landtags die traditionelle Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag statt – umrahmt von einer kleinen Messe, Innovationen »Made by WOMEN«. Mitte Februar 2019 war das Präsidium der Hamburgischen Bürgerschaft zu Gast in der sächsischen Landeshauptstadt, besuchte das Parlament und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. //



Foto: O. Killig

Kunst und Politik

Christian Schulze

Der georgische Premierminister besuchte den Freistaat und übergab offiziell ein Gemälde an die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden.

Wenn internationale Delegationen den Sächsischen Landtag besuchen, gehört begleitend hin und wieder ein Abstecher in die Staatlichen Kunstsammlungen zum Rahmenprogramm. Schließlich genießen Sachsens Kulturschätze weltweit Anerkennung.

Dass die Gäste dabei selbst Kunstwerke mitbringen, kommt eher selten vor: Doch bei seinem Besuch in Dresden übergab der georgische Premierminister Mamuka Bakhtadze im Beisein von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler ein Gemälde an die Staatlichen Kunstsammlungen. Das »Stilleben mit einem Hasen« von dem Maler Pietro Francesco Cittadini (1616 – 1681) gilt als sogenannte Beutekunst und ist nach der Rückgabe nach über 70 Jahren wieder in der Galerie »Alte Meister« in Dresden zu sehen. Es gehörte zu den rund 400 Kriegsverlusten der Gemädegalerie. Zuletzt befand es sich in Georgien in Privatbesitz.

»Die Alten Meister sind eines der bedeutendsten Museen dieser Art, doch die Samm-

lung ist bis heute auch durch Kriegsverluste geprägt«, sagte der Landtagspräsident bei der feierlichen Übergabe. Umso größer sei die Freude, das verschollene Gemälde nun wieder in Dresden begrüßen zu dürfen, so Rößler.

Nach Angaben der Staatlichen Kunstsammlungen wird das 80x130 Zentimeter große Bild zunächst untersucht und restauriert. Ab Dezember soll es einen Platz in der ständigen Ausstellung bekommen.

Vor der Übergabe in der Galerie hatten sich der Premierminister und der Landtagspräsident gemeinsam mit Georgiens Botschafter Elguja Khokrishvili zu einem politischen Austausch im Sächsischen Ständehaus getroffen. Dabei standen die guten Beziehungen zwischen Sachsen und Georgien im Mittelpunkt. Ein Thema war die duale Ausbildung, die in Georgien gerade nach dem Vorbild Deutschlands eingeführt wird. Hier unterstütze der Freistaat gern mit dem nötigen Fachwissen, sicherte der Landtagspräsident zu.

Georgien hat wie Sachsen knapp vier Millionen Einwohner und liegt an der Grenze zwischen Europa und Asien im südlichen Kaukasus.



// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Georgiens Premierminister Mamuka Bakhtadze
Foto: S. Füssel



Präsidium der Hamburgischen Bürgerschaft zu Gast in Sachsen

Foto: S. Dittrich

// Vor gut zwei Jahren hatte das Präsidium der Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg beschlossen, einmal jährlich einen Arbeitsbesuch bei einem anderen Landtag durchzuführen. Im vergangenen Jahr war man zu Gast in Brandenburg. Am 14. und 15. Februar 2019 stand nun Sachsen auf dem Programm. Thematisch überschrieben war es mit »Politiker & Bürger: Stimmung – Wahlmotivation – repräsentative Demokratie«. //

Ambitioniert und herausfordernd war es, das Vorhaben des Präsidiums der Hamburgischen Bürgerschaft: In knapp 26 Stunden – die Zeit fürs Schlafen eingerechnet – wollte man Ideen sammeln, wie parlamentarische Arbeitsabläufe noch besser gestaltet werden können, und zugleich einen Eindruck von Land und Leuten bekommen. Zum Auftakt informierten sich die Gäste im Plenarsaal über den hiesigen Ablauf eines Plenums und Aspekte der Sitzungsleitung – wie etwa der Landtagspräsident agiert, wenn gegen das Gebot der freien Rede verstoßen wird. Diskutiert wurde auch über die Redezeiten bei den Plenarsitzungen, denn in vielen Landtagen gibt es pro Tagesordnungspunkt abgeschlossene Redezeiten, wohin-

gegen das sächsische Gesamtrededezeitmodell den Fraktionen die Möglichkeit eröffnet, sich ihre Redezeit nach Schwerpunkten einzuteilen.

Wertevermittlung und direkte Demokratie

Das anschließende Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden fokussierte dann natürlich stärker auf die politische Situation in Sachsen – auch mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen, denn in Hamburg wird im kommenden Jahr ebenfalls gewählt. Sehr offen wurde gesprochen über die Auswirkungen der tief greifenden Transformationsprozesse, wurden Parallelen gezogen zur Nachkriegsentwicklung in

der alten Bundesrepublik, die zu wirtschaftlichem Wachstum und Aufschwung geführt hat, was nach der friedlichen Revolution im Osten in dem Maße so nicht stattgefunden hat. Besonders interessierte die Gäste, welche Rolle die Wertevermittlung im Bildungswesen und in der politischen Bildungsarbeit spielt und welcher Stellenwert der direkten Demokratie beigegeben wird, die in Hamburg sehr häufig zum Einsatz kommt. Zum Abendessen hatte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler dann Vertreter der Dresdner Bürgergesellschaft eingeladen, denn zwischen Hamburg und Dresden besteht ja auch eine langjährige Städtepartnerschaft. Nach einer kurzen Stadtführung trafen sich die Gäste am Freitagvormittag mit Dr. Roland

Löffler, dem Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der einen Überblick über Vorgeschichte, Kontext und Ergebnisse des jüngsten Sachsen-Monitors bot. Abschließende Antworten gab es natürlich nicht, konnte es nicht geben, aber übereinstimmend kam die Überzeugung zum Ausdruck, es ist stets wichtig und hilfreich, im Gespräch miteinander zu sein.

Da Hamburg ein Bundesland und zugleich eine Kommune ist, fungiert die Hamburgische Bürgerschaft nicht nur als Landesparlament, sondern sie nimmt auch die für eine Kommunalvertretung typischen Aufgaben wahr. Gegenwärtig gehören der Bürgerschaft 121 Abgeordnete an. Es gibt sechs Fraktionen. Drei Abgeordnete sind fraktionslos. Jede der Fraktionen stellt einen Vizepräsidenten, die zusammen mit der Präsidentin Carola Veit und zwei Schriftführern das Präsidium bilden.

Innovationen – Made by WOMEN

Dr. Theresa Schmotz

Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag 2019



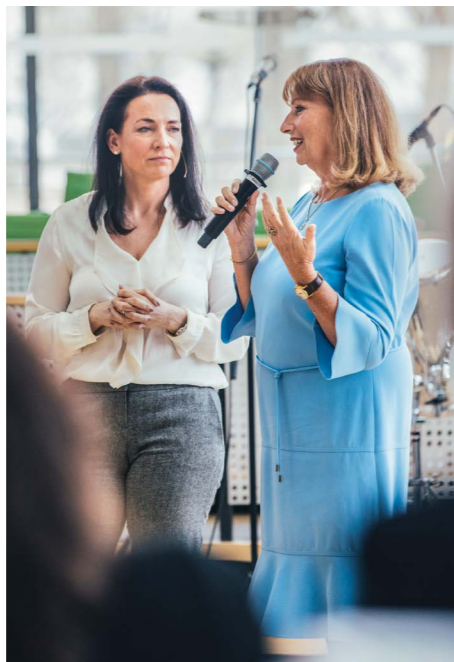
Fotos: O. Killig/SMGI

Am 9. März 2019 fand zum elften Mal im Plenarsaal des Sächsischen Landtags unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler und in Anwesenheit der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, sowie der Ersten Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, Andrea Dombois, eine thematische Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag statt. Die Festveranstaltung nahm diesmal das innovative Potenzial von Frauen in Forschung und Praxis in den Blick und stellte im Rahmen einer kleinen Messe spannende Innovationen »Made by WOMEN« vor. Das Impulsreferat zum Thema »Innovative Frauen & innovative Ideen – gestern, heute und in Zukunft« hielt Christine Moosbauer, die Vizepräsidentin des Deutschen Patent- und Markenamts.

anderer Schutzrechte für geistiges Eigentum wie Designs oder Marken. Die anwesenden Gründerinnen, Unternehmerinnen und Wissenschaftlerinnen waren sich einig, dass bereits an den Universitäten viel stärker auf die Möglichkeiten von Gründungen und Patentanmeldungen eingegangen werden sollte. Derzeit werde hier noch zu viel Potenzial verschenkt. Das betonte auch Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois. Von der Marke »Made in Germany« hänge schließlich auch künftig unser Wohlstand mit ab, weshalb sie unbedingt mehr als bislang mit Frauen in Verbindung gebracht werden müsse.

Verschenktes Potenzial

Die Herkunftsbezeichnung »Made in Germany« steht für Modernität und Qualität sowie für Forschung und Entwicklung am Standort Deutschland. Die Verknüpfung dieses Markenkerns mit Frauen geschieht jedoch eher selten. Und tatsächlich melden Frauen deutlich weniger Patente an als Männer, obwohl sie in großem Umfang wissenschaftliche Qualifikationen aufweisen. Stärker vertreten sind Frauen bei der Nutzung



Gleichberechtigung schneller erreichen

Gleichstellungsministerin Petra Köpping machte in ihrer Rede deutlich, dass das frauenpolitische Jahr 2019 spannend werde. Zum 100. Mal jähre sich die Vertretung von Frauen in den Parlamenten und die bevorstehenden Wahlen würden zeigen, ob es Politik und Gesellschaft gelungen sei, mehr Frauen dazu zu motivieren, für politische Ämter zu kandidieren und ihre Verantwortung hier wahrzunehmen. In Bezug auf das Thema »Frauen auf dem Arbeitsmarkt« werde in diesem Jahr mit Spannung die Evaluierung des Entgelttransparenzgesetzes erwartet, das 2017 in Kraft getreten sei. Ob in der Politik oder in der Wirtschaft, das Engagement von Frauen müsse sichtbarer werden. »Eine Studie hat errechnet, dass es noch rund 200 Jahre dauern wird, bis wir die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt erreicht haben. Ich denke, wir sind uns einig, dass wir dieses Ziel viel schneller erreichen wollen.« Es brauche daher mehr Vorbilder und mehr Ermutigung.

Auch um das zu erreichen, verleiht Gleichstellungsministerin Petra Köpping jährlich den Sächsischen Gründerinnenpreis. Viele der Bewerberinnen und auch einige Preisträgerinnen nahmen an der Festveranstaltung teil, präsentierten ihre Innovationen und nutzten die Gelegenheit zum Netzwerken.



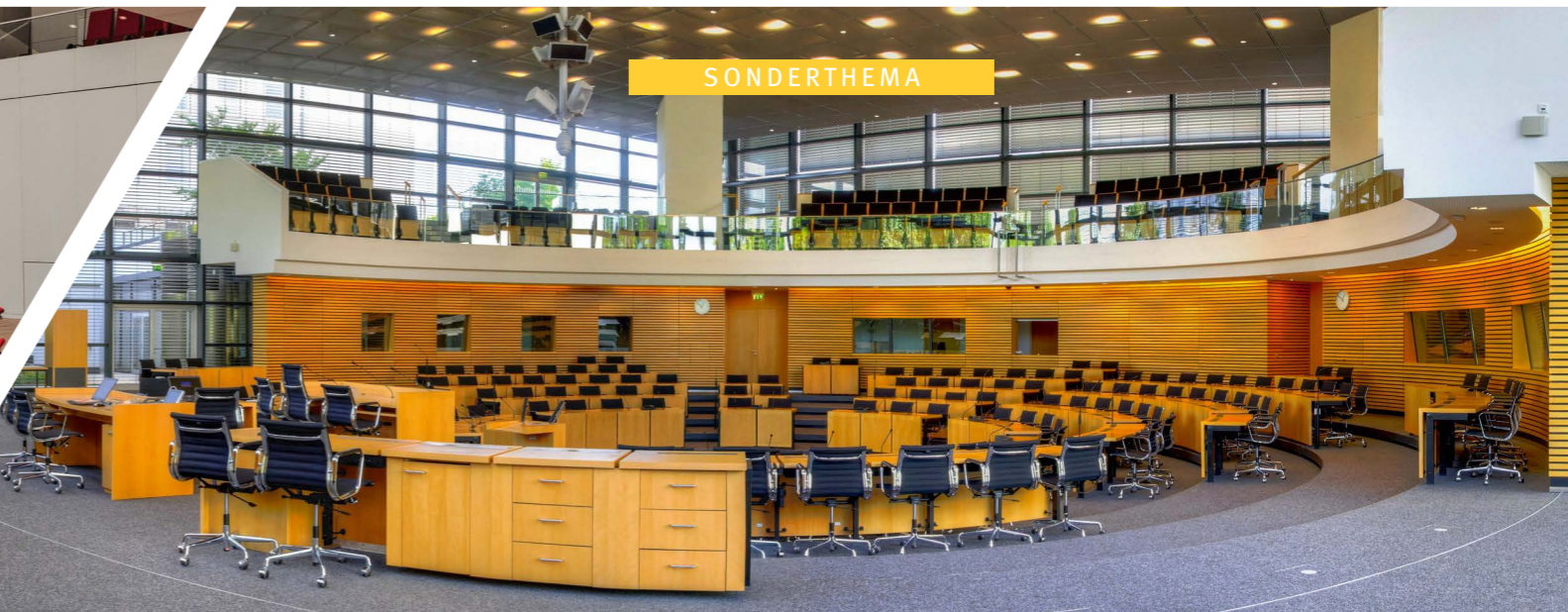
Die Bedeutung von Landtagswahlen

Foto: picture alliance / Sebastian Gollnow

// Am 1. September 2019 wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Aus diesem Anlass widmet sich der Landtagskurier in den kommenden Ausgaben dem Sonderthema Wahlen und speziell der Landtagswahl in Sachsen – mit Wissenswertem, Hintergründen und Fakten. Der erste Beitrag befasst sich mit der Bedeutung von Landtagswahlen in der Bundesrepublik. //



▼ Sächsischer Landtag // Foto: Steffen Giersch



▲ Landtag Brandenburg // Foto: Ralf Roletschek / Wikipedia



▼ Bremische Bürgerschaft // Foto: Bremische Bürgerschaft

▲ Thüringer Landtag // Foto: Gerd Seidel, Rob Irgendwer / Wikipedia



Dr. Thomas Schubert



Landtagswahlen in Deutschland

// 2019 wird in Sachsen gewählt, zuerst am 26. Mai bei den Europa- und Kommunalwahlen, dann am 1. September bei der Landtagswahl. Unser Sonderthema nimmt die Wahl zum 7. Sächsischen Landtag in den Blick. Was zeichnet Landtagswahlen in Deutschland aus? Wie stellen sich die Wahlergebnisse in Sachsen auf Landesebene seit 1990 dar? Was gilt es für die Landtagswahl 2019 zu wissen? Abschließend enthält eine Sonderausgabe des Landtagskuriers (Heft 6) alle wichtigen Informationen über den Ausgang der Wahl. //

Von allen Formen politischer Bürgerbeteiligung in einer Demokratie sind Wahlen unverändert das Schlüsselement. Sowohl in der Breite des Mitwirkens der Bürger wie in der Bedeutsamkeit ihrer Ergebnisse stechen sie hervor.¹ Wahlen bilden (neben Volksentscheiden) wegen ihres gesamtbürgerschaftlichen Charakters den Volkswillen ab, können also die »Legitimität des Ganzen«² für sich beanspruchen. Ihre Resultate sind für alle Mitglieder einer Gesellschaft verbindlich. Zudem sind Wahlen das zentrale Instrument



Foto: picture alliance / Sven Simon

politischer Machtzuteilung. Die Wähler entscheiden über die politischen Kräfteverhältnisse in den Parlamenten und beeinflussen so mittelbar nicht nur die Regierungsbildung mit, sondern auch die »politische Linie« im Land. Alle Wahlberechtigten verfügen dafür neben dem aktiven auch über das passive Wahlrecht. Sie können sich also selbst zur Wahl stellen und so in den Wettbewerb um Parlamentsmandate eintreten. Abgeordnete vom Gemeinderat bis zum Bundestag sind allesamt Bürger, die – meist als Kandidaten einer Partei – ihre Partizipationsrechte wahrnehmen und von anderen Bürgern gewählt werden.

Parlamentswahlen im föderalen Staat

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es Parlamentswahlen auf verschiedenen politischen Ebenen, angefangen bei den Wahlen

zu den Ortschafts-, Gemeinde- und Stadträten, über die Wahlen zu den Landtagen bis hin zu Bundestagswahlen und Wahlen zum Europaparlament. Im föderalen Mehrebenensystem werden also nicht nur politische Entscheidungen auf unterschiedlichen, sich gegenseitig beeinflussenden Ebenen getroffen, es finden auch jeweils Wahlen statt. Dabei bewirkt der deutsche Föderalismus, in dem die Belange und Kompetenzen der Bundesländer stark mit denen des Zentralstaats verflochten sind, dass Landtagswahlen nie frei von bundespolitischen Aspekten sind. Vielmehr unterliegen sie – wie Landespolitik insgesamt – bundespolitischen Einflüssen. Die Parteien in den Ländern sind überwiegend dieselben wie im Bund, es gibt kaum völlig autonome Politikbereiche der Länder, die zudem oft weniger publikumswirksam sind. Entsprechend nutzen einige Wähler Landtagswahlen, um ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der »großen Politik« zu äußern.

Land oder Bund?

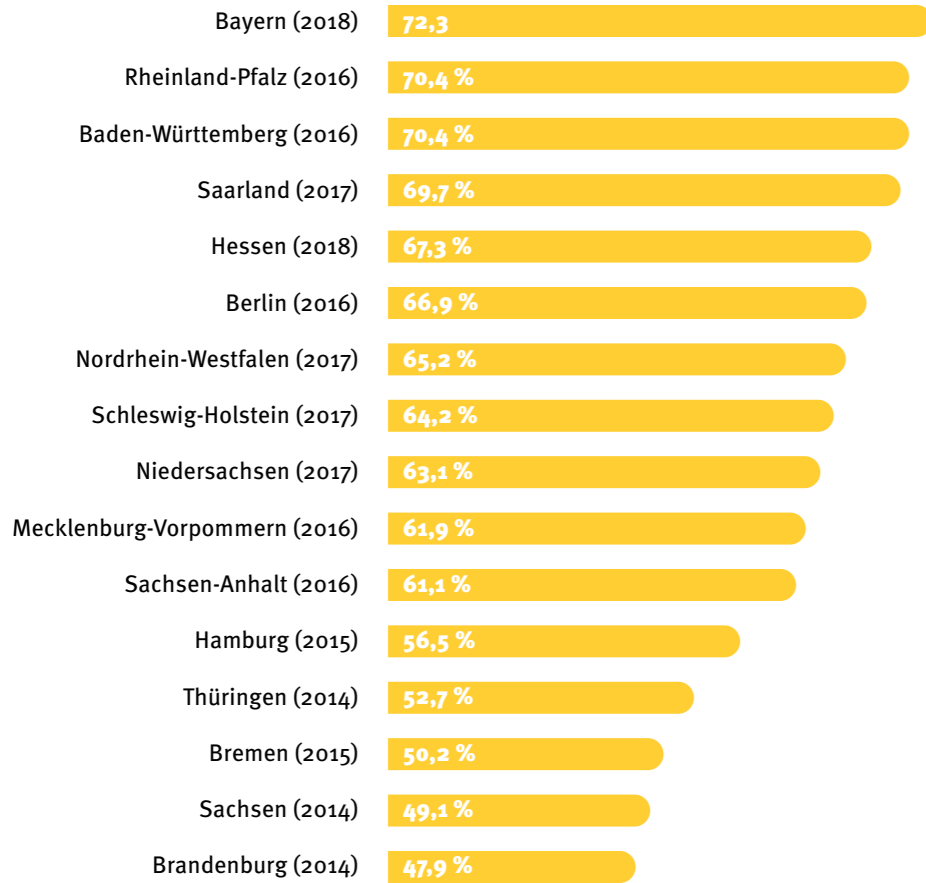
Das Wahlverhalten auf Landesebene ist somit von regionalen und nationalen Politikereinflüssen durchsetzt.³ Vielen Beobachtern gelten Landtagswahlen deshalb als Zwischen- oder Sanktionswahlen. Jedoch lassen sich die bundespolitischen Einflüsse auf das Votum



Foto: picture-alliance / dpa

im Land kaum verallgemeinern. Wähler entscheiden sich nämlich aus ganz unterschiedlichen Gründen für Parteien.⁴ Eine zentrale, recht gut sichtbare Wechselwirkung äußert sich in Einbußen der im Bund regierenden Parteien sowie in Gewinnen der im Bund opponierenden Parteien bei Landtagswahlen. Wiewohl hängt dieser Effekt von der Popularität der Bundesregierung und der Relevanz landespolitischer Motive ab. Wird etwa die Regierungsarbeit im Bund von den Wählern im Land positiv gesehen, verfügen die Landesregierungsparteien über hohe Popularitätswerte, gibt es regional dominierende Parteien, eine zugespitzte politische Wettbewerbssituation im Land oder einen beliebten Ministerpräsidenten, begrenzt das den Effekt. Landesparteiensysteme haben ferner mitunter ganz eigene Dynamiken, man denke nur an Bayern oder die Stadtstaaten. Treten Bundeseffekte auf, beeinflussen sie zudem die Mobilisierungschancen der einzelnen Parteien. Der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf

Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen in Deutschland nach Bundesländern (Stand: Oktober 2018)



// Datengrundlage: Statista 2019

Korte fasst das so zusammen: »Während die Anhängerschaft der Regierungsparteien im Bund meist aufgrund nicht eingehaltener Wahlversprechen enttäuscht ist und am Tag der Landtagswahl vermehrt zu Hause bleibt, ist die Anhängerschaft der Oppositionsparteien besonders motiviert, ihren Unmut über die Bundesregierung an der Wahlurne zu äußern.«⁵ Landtagswahlen werden dann, oft angefeuert von der Medienberichterstattung und der einen oder anderen wahlkämpfenden Partei, zu bundespolitisch motivierten Protestwahlen.

Nur »Nebenwahlen«?

Sind Landtagswahlen daher in ihrer Bedeutung den Bundestagswahlen »untergeordnet«? Handelt es sich bei ihnen nur um »Nebenwahlen«? Grundsätzlich würde jeder Landespolitiker dem energisch und mit gutem Grund widersprechen. Schließlich spielt

es für die unmittelbare Lebensqualität der Menschen in einem Bundesland doch eine erhebliche Rolle, ob die Staatsstraße gebaut ist, die Polizei für Sicherheit sorgt und die Schulen guten Unterricht anbieten. Landtage und Landesregierungen bestimmen da die politische Marschrichtung. Trotzdem ist die Landesebene für die meisten Menschen von geringerem Interesse. Hier steht in ihren Augen bei Wahlen weniger auf dem Spiel, da die wesentlichen Fragen auf nationaler Ebene diskutiert und entschieden werden (z. B. Außen-, Renten-, Steuerpolitik).

Ein sichtbares Resultat dessen ist die vergleichsweise geringere Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen. Bis 1990 wählten in der Bundesrepublik Deutschland auf Landesebene durchschnittlich 78 Prozent der Stimmberechtigten (87 Prozent bei Bundestagswahlen), danach sank die Beteiligung im Schnitt auf unter 60 Prozent, wobei besonders in den ostdeutschen Ländern viele Menschen ihre Stimme nicht abgeben. Die niedrigste Wahl-

beteiligung gab es 2006 in Sachsen-Anhalt mit 44,4 Prozent, in Sachsen wählten 2014 nur 49,1 Prozent. Auf Landesebene entscheidet stärker als bei Wahlen auf Bundesebene das persönliche Interesse an Politik, zumal an Landespolitik, über eine Stimmabgabe. Hinzu kommen stimulierende bzw. dämpfende Effekte des im Vorfeld einer Wahl erwarteten Wahlausgangs. Droht es »knapp« zu werden, dann gehen Parteiunterstützer vermehrt wählen. Die Wahlbeteiligung ist daher in den Ländern seit jeher nicht nur geringer, sondern auch situativer.⁶ Ging ab Mitte der 1990er-Jahre die Beteiligung in den Ländern erkennbar zurück, so wendet sich seit einigen Jahren das Blatt. Der revitalisierte Parteienwettbewerb und die stärker politisierte, zuweilen auch polarisierte öffentliche Debatte bewegen bei Landtagswahlen wieder mehr Menschen zur Stimmabgabe.

Nicht egal, wie eine Wahl ausgeht

Auch wenn Landtagswahlen in ihrer Bedeutung wohl nicht an Bundestagswahlen herantreiben, so gehen doch von ihnen grundlegende politische Richtungsentscheidungen für ein Bundesland aus. Es ist daher niemals egal, wie eine Wahl ausgeht. Landtagswahlen sind Lebensadern der regionalen Demokratie, die es starkzumachen gilt. In ihrem Vorfeld sorgen sie für wichtige öffentliche politische Debatten über die Zukunft des Landes. Sie prägen die politische Agenda. In ihrem konkreten Ausgang bestimmen sie über die Zusammensetzung der Landtage, bestätigen oder verschieben parlamentarische Mehrheiten und beeinflussen so die Regierungsbildung im Land. Das bei der eigenen Wahlentscheidung zu berücksichtigen, gehört auch und besonders zur unbestrittenen Freiheit der Wahl.

¹ Vgl. einleitend Oscar W. Gabriel: Wahlen in der Demokratie, in: Ders./Bettina Westle: Wählerverhalten in der Demokratie, Baden-Baden 2012, S. 13–42.

² Peter Graf Kielmansegg: Erwartungen, Enttäuschungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. September 2015, S. 6.
³ Vgl. Frank Decker/Julia von Blumenthal: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33 (2002), S. 144–165.

⁴ Vgl. Kerstin Völkl u. a.: Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: Dies. (Hrsg.): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 9–36, hier S. 30 f.
⁵ Karl-Rudolf Korte: Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen, Bonn 2017, S. 89.

⁶ Vgl. Markus Steinbrecher u. a.: Turnout in Germany. Citizen Participation in State, Federal, and European Elections since 1979, Baden-Baden 2007, S. 252–255, 288–297.



Wahl-Motivation gesucht!

// Im Vorfeld der Landtagswahl am 1. September 2019 sucht der Sächsische Landtag originelle Beiträge, die die Wählerinnen und Wähler motivieren, zur Wahl zu gehen. Einsendeschluss ist der 1. Juli 2019. //

Wählen gehen ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie – von dem aber nicht immer alle Gebrauch machen. Was aber könnte Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, sich mit dem Thema Wählen zu befassen? Was muss passieren, damit sie am entscheidenden Tag tatsächlich die Wahlkabine aufsuchen? Dieser Frage spürt der Wettbewerb »Aufkreuzen, Ankreuzen!« nach, den der Sächsische Landtag im Vorfeld der Wahlen am 1. September 2019 organisiert.

Gesucht werden kreative Wahl-Motivationen aller Art: Ob selbst erstellte Videoclips, Fotomontagen, Plakate oder Bilder – der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Einzige Einschränkung: Der Slogan oder das Motiv zur Kampagne »Aufkreuzen, ankreuzen!« müssen in den eingereichten Beitrag eingebunden sein.

Teilnehmen können alle Bürgerinnen und Bürger mit festem Wohnsitz in Sachsen. Auch Gruppen sind zum Wettbewerb zugelassen. Minderjährige benötigen die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten.

Außerdem wichtig: Der Landtag ist zur Überparteilichkeit verpflichtet. Werbung für oder gegen bestimmte Parteien bzw. einzelne Kandidaten sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Nicht zugelassen sind Beiträge, die diskriminieren oder beleidigen.

Ausgezeichnet werden alle eingereichten Beiträge, indem sie – nach einer kurzen Prüfung durch die Wettbewerbsleitung – veröffentlicht werden. So kommen die Beiträge also noch vor der Wahl zum Einsatz: auf der Website und in den sozialen Kanälen des Sächsischen Landtags, also bei Twitter, Instagram und YouTube. Ausgewählte Beiträge werden auch hier im Landtagskurier zu sehen sein.

Den ersten drei Gewinnern winken aber noch weitere Preise. Platz 1 darf sich über ein hochwertiges Tablet freuen. Die Plätze 1 bis 3 erhalten außerdem eine Einladung zum Wahlabend in den Sächsischen Landtag nach Dresden, um dort live bei der Verkündung der Wahlergebnisse einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.



Teilnahmebedingungen:
www.landtag.sachsen.de

Teilnehmen können alle Bürgerinnen und Bürger (auch Gruppen) mit Wohnsitz in Sachsen. Einsendeschluss ist der 1. Juli 2019. Die Einsendungen haben in digitaler Form an die Adresse ankreuzen@slt.sachsen.de zu erfolgen (MP4, PNG, JPG und PDF). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

»Dinge erst durchdenken, dann reagieren«

Katja Ciesluk

Ein Tag mit Oliver Fritzsche, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien



// Oliver Fritzsche und Dr. Andrea Diekhof // Fotos: T. Schlorke

// »Endlich ein richtiger Beruf«, befindet der kleine Prinz, als er auf seiner Reise durch den Weltraum auf einen Geografen trifft. Mit einem Augenzwinkern zitiert Oliver Fritzsche aus dem Weltbestseller von Antoine de Saint-Exupéry. Denn Fritzsche ist Diplom-Geograf, Schwerpunkt Stadt- und Raumentwicklung. 2009 machte er die Politik zu seinem Beruf und sitzt seither als CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis Leipziger Land 2 im Sächsischen Landtag. //

Wir treffen den Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien vor dem Universitätsarchiv in Leipzig. Oliver Fritzsche ist mit der Bahn aus dem nahegelegenen Markkleeberg – seiner Heimatstadt – angereist. Reichlich eine Stunde nimmt sich der Abgeordnete Zeit, um mit Dr. Jens Blecher, Direktor des größten

Universitätsarchivs in Sachsen, Stand und Herausforderungen der Digitalisierung von Archivgütern zu erörtern. Blecher ist großer Befürworter des technologischen Fortschritts. Nicht ohne Stolz verweist er auf die Voreiterrolle seines Hauses bei der Digitalisierung trotz »wenig Geld und wenig IT-Personal«. Fritzsche ist es wichtig, dieses Know-

how an Kommunalarchive weiterzugeben. Auch hier sei man bereits aktiv und habe zu diesem Zweck das mitteldeutsche Archivnetzwerk ins Leben gerufen, pflichtet Blecher dem Ansinnen des Politikers bei. Vor allem aber müsse man den Menschen die Angst vor dem Umgang mit neuen Technologien nehmen.

Mehr Geld für studentisches Wohnen

Weiter geht es zur Universität Leipzig, für Fritzsche vertrautes Terrain. Hier hat er studiert und später am Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft geforscht. In der Mensa erwartet Dr. Andrea Diekhof, Ge-

schäftsführerin des Studentenwerkes Leipzig, den Abgeordneten. Das Studentenwerk stellt die soziale Infrastruktur für knapp 35 000 Studierende an neun Hochschulen in der Messestadt. Dazu zählen u. a. der Betrieb von zahlreichen Mensen und Wohnheimplätzen sowie vielfältige Beratungsleistungen. »Soziale Mietpreise in den Studentenwohnheimen können wir nur halten, wenn der Freistaat Investitionen für Sanierungen und Neubauten bezuschusst«, platziert Diekhof eine ihrer zentralen Forderungen. Fritzsche kennt die Materie, bereits mehrfach gab es dazu während der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 Gespräche. Als der Landtag wenige Tage später den Haushalt beschließt, kann der Abgeordnete einen Erfolg verkünden: »Wir haben den vier sächsischen Studentenwerken für das studentische Wohnen zusätzlich zwei Millionen Euro im Jahr 2020 zur Verfügung gestellt. Ein erster Schritt ist getan.«

Die Uhr gilt es während der Begegnungen im Blick zu behalten, um rechtzeitig nach Dresden aufzubrechen. Am frühen Nachmittag steht die Fraktionssitzung auf dem Plan – ein Pflichttermin für die Abgeordneten.

Internationale Erfahrung

Auf der Fahrt in die Landeshauptstadt bleibt Zeit für ein Gespräch mit dem Abgeordneten. Als politisch interessierter Mensch habe er nicht lange überlegt, als ihm 2004 die Kandidatur für den Stadtrat in Markkleeberg angetragen wurde. Wenig später trat Oliver Fritzsche in die CDU ein. Seit 2009 sitzt er

im Landesparlament, wo seine Expertise und seine internationalen Erfahrungen bei der damals anstehenden Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sofort sehr willkommen waren. So unterstützte Fritzsche in Shanghai bereits die Masterplanung für die Expo 2010 und befasste sich in Budapest mit ökonomischen Transformations- und Restrukturierungsprozessen. Letzteres ist Grundlage für seine bis heute andauernde besondere Beziehung zu Ungarn.

Oliver Fritzsche agiert ruhig und überlegt. Der schnelle Gang an die Öffentlichkeit ist nicht seine Sache. »Ich nehme mir Zeit, um Dinge gründlich zu durchdenken«, erzählt Fritzsche. »Man muss nicht auf alles sofort reagieren. Eine Antwort sollte Hand und Fuß haben.«

Streng formal ist die Sitzung der 59-köpfigen Fraktion organisiert. Auf der Agenda stehen viele organisatorische Dinge. Termine müssen koordiniert, Informationen ausgetauscht, Veranstaltungen besprochen werden. Abgeordnete nutzen die Gelegenheit, ihre Kolleginnen und Kollegen auf wichtige Themen aus ihren Wahlkreisen hinzuweisen, die von überregionaler Bedeutung sind. Und dann geht es natürlich darum, Politik zu diskutieren, denn in den Fraktionen vollzieht sich maßgeblich die politische Willensbildung im Parlament.

Stärkung der politischen Bildung

Oliver Fritzsche muss die Fraktionssitzung heute eher verlassen. Der nächste Termin wartet. Das Kuratorium der Landeszentrale



für politische Bildung tagt. Oliver Fritzsche ist dessen Vorsitzender. Gemeinsam mit zehn weiteren Abgeordneten und zehn Sachverständigen achtet er darauf, dass die Landeszentrale in ihrer politischen Bildungsarbeit die Überparteilichkeit wahrt. Dafür berichtet die Landeszentrale dem Kuratorium zweimal im Jahr über ihre Tätigkeit und stellt neue Projekte vor.

Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 bekommt die Institution zusätzliche Stellen. »Damit stärken wir die politische Bildung im Freistaat«, erklärt Fritzsche. »Zugleich steigen natürlich auch die Erwartungen«, gibt er dem Direktor Dr. Roland Löffler mit auf den Weg. Der nutzt das Podium, um ein ebenso aktuelles wie anspruchsvolles Projekt vorzustellen. Im Vorfeld der Landtagswahl 2019 möchte die Landeszentrale Kandidatenforen in vielen, idealerweise in allen 60 Wahlkreisen anbieten. Dr. Löffler sieht es als große logistische und personelle Herausforderung. Die Idee stößt beim Kuratorium auf Wohlwollen und Unterstützung. »Damit befördert die Landeszentrale den öffentlichen politischen Diskurs und gibt den Bürgerinnen und Bürgern eine gute und neutrale Möglichkeit, um sich über die unterschiedlichen Kandidaten zu informieren«, so Fritzsche.

Am 1. September 2019 wählen die Sachsen ein neues Landesparlament.

// CDU-Fraktionssitzung





// Ausschnitt des Wahlplakates der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, 1926 // Foto: Bundesarchiv, Plak 002-021-027 / Grafik: Alfred Schütze

Sächsische Landtagswahlen in der Weimarer Republik 1920, 1922 und 1926

Am 26. Oktober 1920 beschloss die Volkskammer, das provisorische Landesparlament nach der Novemberrevolution, eine neue Verfassung für Sachsen. Einen Tag später löste sich die Versammlung wie geplant auf. Sachsen befand sich erneut im Wahlkampf. Es war bereits der fünfte in zwei Jahren. Das langhin erstrittene Wahlrecht schien nun in den Augen einiger zur Wahl-Last zu werden. Und so klagten vor allem die bürgerlichen Parteien über die weitverbreitete Wahlmüdigkeit, gar »Wahlfaulheit« ihrer Wählerschaft. Die Wahlkampfveranstaltungen der Parteien waren meist nur schwach besucht, einige konnten wegen Mangel an Teilnehmern überhaupt nicht abgehalten werden. Tatsächlich lag die Wahlbeteiligung bei den ersten Landtagswahlen am 14. November 1920 nur knapp über 70 Prozent, dem niedrigsten Wert in der Weimarer Republik – und das, obwohl nun auch die Kommunisten (KPD) um Stimmen warben.

Bisher hatten die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und

// Die Ausrufung der Republik Sachsen vor 100 Jahren markierte den Beginn der parlamentarischen Demokratie in Sachsen. Der Landtagskurier knüpft in der Rubrik »Geschichte« mit zwei Beiträgen über die einstigen Landtagswahlen an die Texte zur Ausrufung der Republik, zur Einführung des Frauenwahlrechts und zur Volkskammerwahl 1919 an. //

die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) mit satter Mehrheit in einer sozialliberalen Koalition unter den Ministerpräsidenten Georg Gradnauer und Wilhelm Buck regiert. Doch die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 ließen für diese Koalition der Mitte nichts Gutes erahnen. Die sogenannte Weimarer Koalition im Reich war bereits im Sommer zerrieben worden. Das tatsächliche Wahlergebnis am 14. November 1920 war für die Parteien dennoch ein Schock. Die Sozialdemokraten verloren 13 Prozentpunkte, die Demokraten sackten sogar um 15 Punkte auf nur noch sieben Prozent ab. Die Gewinner der Wahl waren die Kommunisten, die auf Anhieb sechs Sitze erhielten. Zudem konnte die Deutsche Volkspartei (DVP) all jene bürgerlichen Wähler

erreichen, die zunächst geglaubt hatten, die DDP habe die Nachfolge der ehemaligen Nationalliberalen angetreten. Eine »Politik der Verständigung« zwischen Arbeiterparteien und Bürgertum, wie sie in der Volkskammer gepflegt worden war, schien nun nicht mehr möglich. Nach zähen Verhandlungen entschlossen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien, gemeinsam als Minderheitsregierung zu regieren und sich von den Kommunisten tolerieren zu lassen. Dass die KPD kaum Interesse an einer geordneten parlamentarischen Regierung hatte, machte sie in der Folge im Landtag deutlich. Immer wieder sorgten die Kommunisten durch ihr Handeln im Sitzungssaal für Eklat.

Diverse Aufstände in den Jahren 1920 und 1921 schürten im Bürgertum die Ängste vor

einer erneuten Revolution. Der Umstand, dass die sächsischen Sozialisten ausgerechnet den 9. November, den Tag der Revolution von 1918, zum Feiertag erklären wollten, löste am rechten Rand schließlich derartigen Zorn aus, dass man ein neu gewonnenes Machtmittel zum Einsatz brachte: ein Volksbegehren über einen Volksentscheid zur Landtagsauflösung. Überraschend stimmten über 80 Prozent der »bürgerlichen« Wähler für das Begehren. Der Landtag ersparte sich die Schmach, durch Volksentscheid aufgelöst zu werden, und kam diesem am 14. September 1922 durch Selbstauflösung zuvor.

So wurden die Sachsen Ende 1922 erneut zu den Wahlurnen gerufen. Diesmal war der Wahlkampf intensiver: »Mit gewaltigem Aufwand von Papier und Druckerschwärze« hätten die

Parteien die Innenstädte Sachsens in den letzten Tagen vor den Wahlen überschwemmt, so eine Zeitung. Die Sozialdemokraten gaben über die Gewerkschaften Kontrollzettel aus, durch die Arbeitnehmer bestätigen sollten, dass sie tatsächlich zur Wahl gegangen waren. All diese Maßnahmen zeigten Erfolg: Die Wahlbeteiligung stieg auf einen Rekordwert von 81,8 Prozent. Erstmals wurden in den Wahllokalen mehrere Abstimmungskabinen gleichzeitig aufgestellt, um dem Ansturm gerecht zu werden. Eine ältere Dame, so heißt es, erkundigte sich daher laut vernehmlich, welches denn die Kabine für die Demokratische Partei sei.

Entgegen den Befürchtungen und Hoffnungen der Parteien brachten die Wahlen von 1922 kaum eine nennenswerte Verschiebung der Machtverhält-

nisse. »Wozu haben wir eigentlich gewählt?« titelte daher der Dresdner Anzeiger. Die Leipziger Volkszeitung, der SPD nahestehend, bilanzierte hingegen: »Sachsen bleibt rot, trotzdem!« Aufgrund der kommunistischen Sitze war eine »bürgerliche« Regierung genau so wenig möglich wie eine rein sozialdemokratische. Statt sich nun, wie von den Demokraten und großen Teilen der SPD-Fraktion gefordert, auf eine Koalition der Mitte zu einigen, zog es die SPD auf Druck der Basis erneut vor, sich als Minderheit von der KPD tolerieren zu lassen. Doch noch immer zeigte die KPD kein Interesse, einem solchen Bündnis wirklich ihre Unterstützung zu geben. Der KPD-Abgeordnete Paul Böttcher bezeichnete die Parlamentarier als die »willigen Instrumente in den Händen der herrschen-

den Klasse, der Unternehmensdiktatur und des demokratischen Terrorismus.« Im Herbst des Krisenjahres 1923 scheiterte das sozialistisch-kommunistische Projekt in Sachsen. Im Winter schlug erneut die Stunde der Versöhner in den Fraktionen der Mitte. Die DVP, die DDP und die Mehrheit der sächsischen SPD-Fraktion schmiedeten Anfang Januar 1924 eine Große Koalition. Sie hielt, bis im Herbst 1926 regulär Neuwahlen anstanden.

Diese Wahlen stellten eine Zäsur in der politischen Geschichte Sachsens dar. Knapp drei Jahre waren vergangen, seit die Reichsexekution der Regierung Erich Zeigner ein jähes Ende bereitet hatte. Im bürgerlichen Lager war die Angst vor einem erneuten »Sowjet-Sachsen« fortan virulent. Die Wirtschaftspolitik nach der Hyperinflation hatte das Bürgertum verunsichert. Der Deutschen Volkspartei erwuchs mit der Mittelstandspartei (Wirtschaftspartei, WiP) in Sachsen ein mächtiger Gegner. Ihr schlossen sich vor allem Handwerker und Kleinunternehmer an, die sich durch das Großkapital bedroht fühlten. Die von der Inflation und der anschließenden »Aufwertung« besonders hart Getroffenen versammelten sich hingegen in der Volksrechtspartei (VRP). Zu einem viel diskutierten »Bürgerblock« aller rechts der SPD stehenden Parteien kam es aber nicht. Am Rand des politischen Spektrums formierten sich die Nationalsozialisten. Ihre Propaganda fiel in Sachsen auf fruchtbaren Boden. Nach Bayern erwuchs der Republik mit Sachsen eine zweite Keimzelle des völkischen Rechtsextremismus. Die Sozialdemokraten hingegen hatten sich über die Regierungsbeteiligung heillos zerstritten. Die Mehrheit der Fraktion trennte sich von der Partei und kämpfte, als Alte Sozialdemokratische Partei (ASP) firmierend, einen scheinbar

Das Buch von Janosch Pastewka, »Koalitionen statt Klassenkampf. Der sächsische Landtag in der Weimarer Republik 1918–1933«, ist 2018 in der Reihe Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage im Jan Thorbecke Verlag erschienen und im Handel erhältlich.

aussichtslosen Kampf gegen eine vergleichsweise weit links zu verortende sächsische SPD. Die ASP konnte als »Liste 1« in den Wahlkampf ziehen, was die verbliebenen Sozialdemokraten erzürnte, da man glaubte, dies habe bei vielen Wählern zur Verwechslung bei der Wahlentscheidung geführt. Die SPD hatte nicht nur, wie alle anderen Parteien auch, Tausende Flugblätter, Broschüren und Wahlplakate gedruckt; sie zog auch mit einem Wahlkabarett durch die Lande und ließ sogar einen Wahlfilm vorführen, der heute leider verschollen ist. Spott und Häme über die Mitglieder der Regierungsparteien, auch über die »alten« Sozialdemokraten unter ihnen, gehörten zum Wahlkampf dazu.

Das Ergebnis der Landtagswahlen von 1926 machte die Regierungsbildung extrem schwierig: Alle Beteiligten der Großen Koalition (ASP, DDP, DVP) verloren massiv Stimmen und Mandate, die sie an die neu eingezogenen Parteien abgeben mussten. Die Kommunisten konnten trotz allem weitere Erfolge verbuchen. Zwei Nationalsozialisten zogen erstmals in ein Landesparlament ein. Sie nahmen in der Mitte des Plenums ganz hinten neben dem Ausgang ihre Plätze ein. Damit symbolisierten die beiden Hitlerleute ihre Verachtung gegenüber dem Parlamentarismus. Sieben Jahre nach seiner Gründung standen dem Freistaat turbulente Zeiten bevor.

// Wahlplakat der Deutschen Volkspartei, 1926 // Foto: Bundesarchiv, Plak 002-026-015



SERVICE

Verbindungsbüro des Landtags in Brüssel zieht ins Haus des Sachsen-Verbindungsbüros

Bei einem Besuch in Brüssel hat Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner am 26. Februar 2019 das neue Büro des Landtags im Gebäude des Sachsen-Verbindungsbüros in Brüssel eingeweiht. Das Landtagsbüro war bislang separat untergebracht, inzwischen befindet es sich im gleichen Haus wie das Verbindungsbüro des Freistaates auf der Avenue d'Auderghem 67 in B-1040 Brüssel. Auf seiner Reise traf sich der Landtagspräsident u.a. mit EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger zum Gespräch.

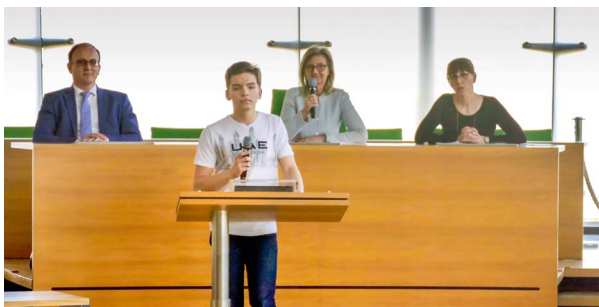
Dokumentation zur Gedenkveranstaltung erschienen

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung gedachten der Sächsische Landtag und die Staatsregierung am 27. Januar 2019 der Opfer des Nationalsozialismus. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Michael Kretschmer sprachen Grußworte. Die Festrede hielt der Historiker Prof. Dr. Ulrich Herbert von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Alle Reden sind als Dokumentation zum Nachlesen erschienen. Die Publikation kann kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellt werden.



Zum Ferienstart in den Landtag: Juniordoktoren beschließen Gesetze

Politik statt Schule: Knapp 20 aufgeweckte Jungen und Mädchen schlüpfen am ersten Tag der Winterferien für gut 2,5 Stunden in die Rolle von Landtagsabgeordneten. Im Plenarsaal diskutierten die Junioren – unterstützt von »echten« Abgeordneten – eifrig Gesetzesentwürfe zur Schulpolitik und spielten eine Plenarsitzung nach. Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois übernahm spontan die Leitung der Sitzung mit den Nachwuchspolitikern. Mit der Veranstaltung beteiligt sich der Landtag am Juniordoktor, einem Talente-Entwicklungsprogramm der Stadt Dresden. // Foto: Sächs. Landtag



[www.landtag.sachsen.de/
de/service/publikationen/
index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)

[www.landtag.sachsen.de/
de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische
Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt
und auf Instagram:
[instagram.com/
sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

10. – 11.04.2019
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen
finden wie folgt statt:
22. – 23.05.2019
03. – 04.07.2019

Der Sächsische Landtag
überträgt die Plenarsitzungen
live als Videostream auf
www.landtag.sachsen.de.
Auch Tagesordnungen,
Wortprotokolle und Videoauf-
zeichnungen finden Sie in
unserem Internetauftritt.
Weiterhin werden die Aktuellen
Debatten der Plenarsitzungen

auch im Regionalfernsehen
ausgestrahlt.
Nähere Informationen entneh-
men Sie bitte dem Programm
Ihres Senders.
Im MDR-Radio werden die
Landtagsdebatten zudem
live und digital auf DAB+
auf dem Kanal MDR SACHSEN
EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5601
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AfD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Fraktionslose Abgeordnete
Tel. 0351 493-4284

Besucherdienst
Anmeldungen für die
Besucherbetreuung
und den Besuch von
Plenarsitzungen erfolgen
unter Tel. 0351 493-5132.
Offene Führungstermine
ohne Voranmeldung 2019:
12.04., 10.05., 14.06., 12.07.,
09.08. (16 Uhr Bürgerfoyer)

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
von 10 bis 18 Uhr;
an Wochenenden und
Feiertagen geschlossen.

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie verschlüsselte
elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version
des Landtagskuriers finden Sie
unter www.landtag.sachsen.de/
Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom
Sächsischen Landtag im
Rahmen der parlamentarischen
Öffentlichkeitsarbeit heraus-
gegeben. Die Abgabe erfolgt
kostenfrei.

Eine Verwendung für die eigene
Öffentlichkeitsarbeit von Parteien,
Fraktionen, Mandatsträgern
oder Wahlbewerbern – insbe-
sondere zum Zwecke der Wahl-
werbung – ist unzulässig, eben-
so die entgeltliche Weitergabe
der Publikation.

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Kevin Britschka, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 07.02.2019
Gastautoren: Martina Findeisen; Christian Schulze, Sächsischer Landtag; Dr. Theresa Schmolz, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz; Dr. Janosch Pastewka, Institut für Geschichte TU Dresden | Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.